

Gemeinderat fordert baldige Abstimmung über die Zukunft der Sek

RÜMLANG Die Sek braucht ein neues Schulhaus, darüber ist man sich einig. Der Gemeinderat möchte nun, dass so bald wie möglich auch über die Auftrennung der Schulgemeinde abgestimmt wird. Die Schulpflege hat es weniger eilig.

341 Schülerinnen und Schüler aus Rümlang und aus Oberglatt besuchen derzeit die gemeinsame Sek – und in zehn Jahren sollen es gemäss Hochrechnung schon gegen 570 sein. Dass das Schulhaus Worbiger angesichts dieser Zahlen bald aus allen Nähten platzt, das ist nachvollziehbar. Und auch dass angesichts dieses Wachstums ein neues Schulhaus vonnöten ist, bezweifelt niemand. Sogar dass das neue Schulhaus in Oberglatt zu stehen kommen soll, neben der Chliriet-halle, wie an der Informationsveranstaltung von Ende Oktober aufgezeigt wurde, scheint unumstritten zu sein.

Ein erster Schritt in Richtung neues Schulhaus ist nun die Abstimmung an der Gemeindeversammlung von nächstem Donnerstag. Dann geht es um einen Kredit von 280 000 Franken, den die Sekundarschulpflege Rümlang-Oberglatt beantragt, um einen Projektwettbewerb für ein neues Schulhaus vorzubereiten und durchzuführen.

Gemeinsam oder getrennt?

Neben der Frage nach dem neu zu schaffenden Schulraum mischt sich jetzt aber der Gemeinderat Rümlang in die Diskussion ein und bringt – wie bereits an der Informationsveranstaltung in Rümlang deutlich wurde – eine zweite Frage aufs Tapet: nämlich jene, wie die Sek künftig organisiert sein soll. Sollen Rümlang und Oberglatt auch weiterhin eine gemeinsame Schulgemeinde bilden? Das will der Gemeinderat wissen. Und zwar von der Bevölkerung. Daher fordert er ganz konkret, dass bereits im Jahr 2019 an der Urne über eine allfällige Auftrennung der Sekundarschulgemeinde abgestimmt werde.

«Beide Gemeinden weisen genügend hohe Schülerzahlen auf, um eine eigene Sekundarschule zu führen», sagt Gemeinderat Peter Meier dazu – stellvertretend für den Gesamtgemeinderat. «Man muss das so rasch wie möglich klären, also noch bevor das neue Schulhaus steht», unterstreicht Meier. «Sonst besteht eine hohe Gefahr, dass das Projekt bei den Bürgern keine Akzeptanz findet und im schlimmsten Fall an der Urne scheitert.»

Denn Überlegungen zu den steuerlichen Folgen oder den Investitionen in ein neues Schulhaus in der Nachbargemeinde würden auch von der Bevölkerung unweigerlich gestellt. «Dabei ist auch die Möglichkeit zu über-

denken, unsere beiden Schulen in einer zu vereinen», führt Meier weiter aus.

Arbeitsgruppe vorgesehen

Mit seiner Forderung nach einer Abstimmung 2019 stösst der Gemeinderat jedoch auf wenig Gehör bei der Sekundarschulpflege. Deren Präsidentin Tonja Züllig ist gar nicht glücklich mit dem straffen Zeitplan, den der Gemeinderat der Schule vorgeben möchte. «Der Bau des Schulhauses und die Strukturen der Schule, das sind zwei verschiedene Sachen», sagt sie. «Unser grösstes Problem sind die Schülerzahlen, die auf uns zukommen. Wir müssen jetzt ein Schulhaus bauen, das hat erste Priorität.»

Man sei aber durchaus bereit, darüber nachzudenken, wie die Schule künftig organisiert sein soll. Eine entsprechende Absichtserklärung hat die Schul-

pflege der Sek diese Woche unterzeichnet. Darin ist festgehalten, dass im Januar eine Arbeitsgruppe gebildet wird, mit dem Ziel, die «Strukturen der Sekundarschule Rümlang-Oberglatt zu überprüfen», wie es in der entsprechenden Medienmitteilung heisst. Auch die Primarschulpflege Rümlang hat die Erklärung unterschrieben, und der Gemeinderat Oberglatt habe zwar noch nicht unterzeichnet, stimme der Mitwirkung aber grundsätzlich zu, wie die zuständige Gemeinderätin Nalan Seiffeldini erklärt.

Dem Anliegen des Gemeinderats Rümlang, schon 2019 über eine Auftrennung der Sek abzustimmen, wird in dieser Erklärung aber nicht Rechnung getragen. Der Zeithorizont ist vage formuliert: «Bis spätestens Ende Legislaturperiode 2018–2022 soll den Gemeindevorständen Bericht mit

einer Empfehlung bezüglich des weiteren Vorgehens erstattet werden», heisst es dort. Laut der Sekundarschulpflege wäre es zu früh, sich jetzt schon einen zeitlichen Rahmen vorzugeben: «Den Zeitplan soll die Arbeitsgruppe festlegen, das macht am meisten Sinn. Alles andere wäre nicht seriös», sagt Präsidentin Züllig.

Dem Gemeinderat Rümlang dauert das aber zu lang – und so hat er wiederum die Absichtserklärung nicht unterzeichnet. Dies, obwohl die Idee dazu ursprünglich von ihm stammte. Jedoch wollte er darin einen sportlicheren Zeitplan festlegen. «Wir haben wenig Verständnis dafür, dass man sich nicht zeitnah der Frage stellt», sagt Gemeinderat Meier – und bleibt bei der Forderung nach einer Abstimmung im Jahr 2019.

Eine grosse Handhabe hat der Gemeinderat allerdings nicht,

zumindest kann er selber keine Abstimmung anordnen über die Zukunft der Schulgemeinde. Die Zuständigkeit liegt bei der Sek, und ohne deren Einlenken könnte einzig eine Volksinitiative zu einem Entscheid an der Urne führen.

Zunächst aber steht nun das neue Schulhaus im Vordergrund, wenn das Stimmvolk von Rümlang und Oberglatt am kommenden Donnerstag über den Wettbewerbskredit abstimmen soll. Und in dieser Sache immerhin ist man sich einig, unabhängig von jeglicher Terminfrage: «Uns ist sehr wichtig, dass das durch die Sek geplante Schulhaus gebaut wird», bekräftigt Meier seitens des Gemeinderats.

Sabine Schreier

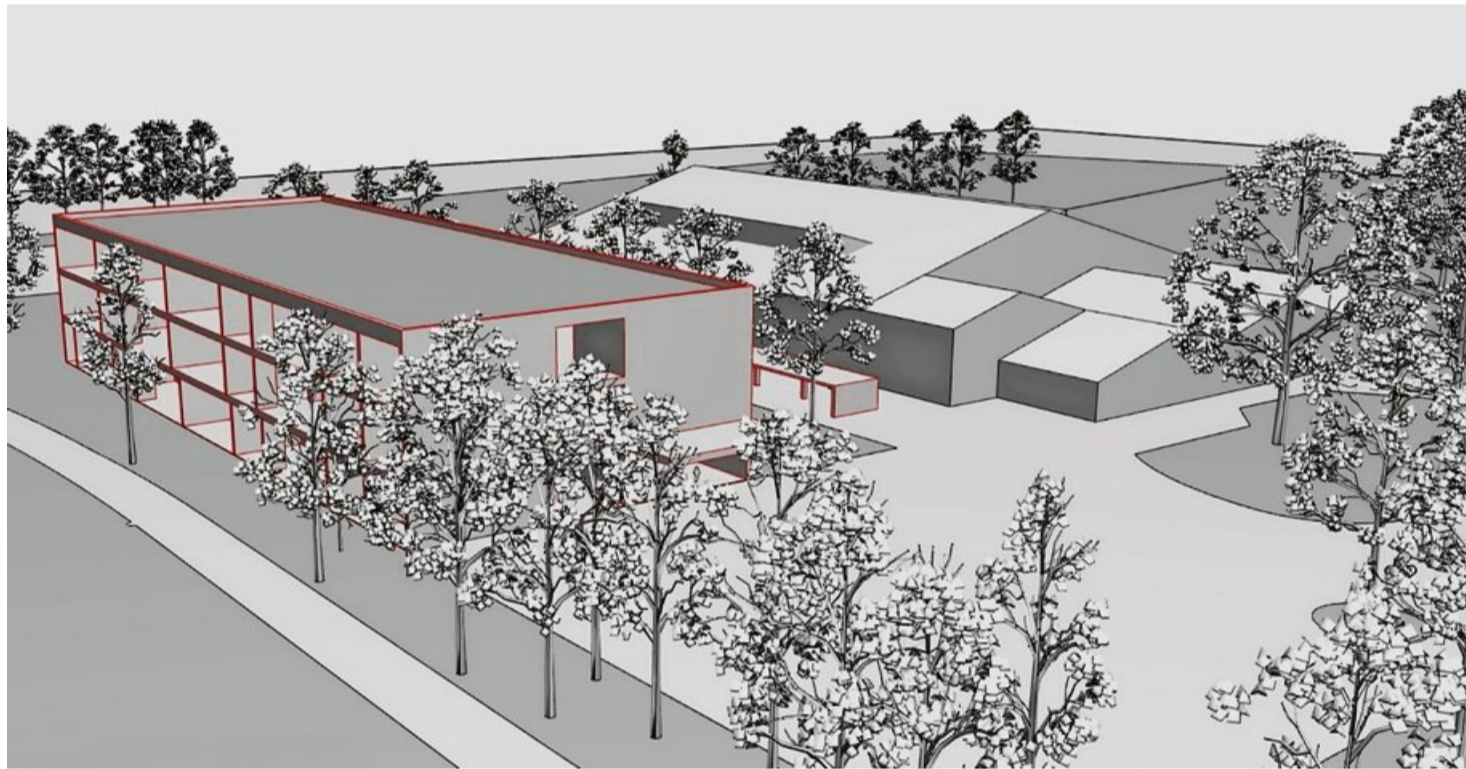
Gemeindeversammlung:

Donnerstag, 30. November, 20 Uhr, Gemeindegaststätte Rümlang.

GROSSE DEFIZITE BUDGETIERT

Nebst dem Thema Sek-schulhaus geht es an der Gemeindeversammlung vom Donnerstag auch um die Budgets für 2018. Die Politische Gemeinde veranschlagt ein Defizit von 1,9 Millionen Franken, bei Gesamtausgaben von 42,9 Millionen. Die Primarschule rechnet mit einem Defizit von 1,4 Millionen Franken, bei einem Aufwand von 18,8 Millionen Franken, und die Sek Rümlang-Oberglatt erwartet ein Minus von 0,6 Millionen Franken, bei einem Aufwand von 9,5 Millionen.

Weiter steht ein Kredit von 400 000 Franken für die Projektierung einer Personenunterführung im Industriegebiet Eich auf der Traktandenliste der Gemeindeversammlung. sas



An der Gemeindeversammlung geht es um einen Wettbewerbskredit für das neue Schulhaus in Oberglatt. Der Rümlanger Gemeinderat möchte aber, dass baldmöglichst auch über die Struktur der Schulgemeinde beziehungsweise eine allfällige Auftrennung abgestimmt wird. Visualisierung zvg

Zivilschutz will den Ernstfall üben

KLOTEN Mit knapp 600 Dienstleistenden gehört die Zivilschutzorganisation Hardwald zu den grössten des Kantons. Den Ernstfall konnte sie aber noch nicht üben. Das soll sich nächstes Jahr ändern, geht es nach Kommandant Peter Schwarz.

Eine Katastrophe wünscht sich niemand herbei, auch Peter Schwarz nicht. Doch anders als die meisten würde Schwarz von einer Überschwemmung oder einem Bergsturz auch profitieren können: Denn als Kommandant der Zivilschutzorganisation Hardwald würde sich ihm dadurch die Gelegenheit bieten, seine Zivilschützer in einen echten Einsatz zu schicken. «Das wäre in doppelter Hinsicht eine gute Sache», erklärte Schwarz am Jahresabschlussrapport der ZSO Hardwald, zu welcher die Gemeinden Kloten, Opfikon, Dietlikon, Bassersdorf und Wallisellen gehören. «Erstens könnten wir dadurch externe Hilfe leisten an einem Ort, wo sie wirklich benötigt wird. Und zweitens könnten wir Erfahrungen sammeln, von welchen wir bei zukünftigen Einsätzen profitieren könnten.»

Dieses Jahr hätte es beinahe geklappt. Als ein Bergsturz im August das malerische Dörfchen

Bondo zuschüttete und acht Menschenleben forderte, wollte Schwarz helfen. Er bot den Einsatzkräften in Graubünden die Unterstützung der ZSO Hardwald an, die mit ihren knapp 600 Dienstleistenden zu den grössten Zivilschutzorganisationen des Kantons Zürich gehört.

Doch die ZSO Hardwald wurde nicht benötigt, genügend andere Kräfte waren in Bondo im Einsatz. «Ich hoffe deshalb, dass wir nächstes Jahr die Gelegenheit erhalten, mitzuhelfen und den Ernstfall zu erproben.»

Einsätze sollen besser vorbereitet werden

Im Grossen und Ganzen zog Peter Schwarz an seinem Schlussrapport ein positives Fazit für das Jahr 2017. Die Einsätze zugunsten der Allgemeinheit seien gelungen. «Dazu gehörte etwa eine Ferienwoche mit rund 20 Bewohnern der Stiftung Pigna im Tessin. Der Zivilschutz betreute die Feriengäste während sechs Tagen rund um die Uhr», führte Schwarz aus. Auch habe man nun vermehrt damit beginnen können, die Zusammenarbeit mit Partner wie Feuerwehr oder Polizei zu trainieren. «Da die ZSO Hardwald erst vor drei Jahren durch einen Zusammenschluss der Zivilschutzorganisationen

der jeweiligen Gemeinden entstanden ist, waren wir in den ersten beiden Jahren vor allem auch mit uns selbst beschäftigt», sagte Schwarz dazu. Diesen Prozess habe man indes im zweiten Jahr abschliessen können, wodurch man sich dieses Jahr vermehrt um Partnerarbeit habe kümmern können.

Indes, nicht alles verlief wunschgemäss. Die Übung «Riforma 3», welche von kantonalen Experten beobachtet wurde, klappte nicht wie geplant. «Die Übungsleiter waren teils überfordert und es kam zu einigen organisatorischen Pannen», sagte Schwarz. So waren etwa einige Übungsplätze nicht bereit oder Figuranten wurden am Treffpunkt nicht abgeholt. Schwarz hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Übungsplanung besser zu schulen und seine Kadermitglieder noch mehr zu fördern.

Und noch in einem weiteren Bereich ist Schwarz unzufrieden: Mit der IT hadert die ZSO Hardwald noch. «Unser Ziel war, dieses Jahr ein neues IT-System in Betrieb nehmen zu können, welches uns die Materialwartung und -übersicht vereinfacht.»

Doch daraus wurde nichts. Das System kann noch nicht wie gewünscht benutzt werden, noch immer ist der Zivilschutz zum

Beispiel auf Exceltabellen angewiesen. «Das funktioniert in der Theorie, bringt aber auch viele Nachteile mit sich.» Denn das gesamte Material für die drei Kompanien mit knapp 600 Dienstleistenden, jeder Anhänger, jede Seilwinde, jedes Notstromaggregat und jeder Erste-Hilfe-Koffer müssen dadurch von Hand in die Exceltabellen eingetragen werden. Zusätzlich verkompliziert wird das Ganze, weil die fünf Zivilschutzorganisationen der beteiligten Gemeinden vor ihrem Zusammenschluss die Materiallisten nicht in einem einheitlichen System geführt haben.

Kommandant will Drohnen zur Übersicht

Von diesen Rückschlägen lässt sich Schwarz aber im Bereich IT nicht entmutigen. Im Gegenteil, in Zukunft soll dieser Bereich umso mehr modernisiert werden. Ab Februar beginnt die ZSO Hardwald mit der Ausbildung einer Drohnen- und Mediengruppe. «Damit nutzen wir die Fähigkeiten, die immer mehr der heutigen Zivilschützer aus ihren Berufen mitbringen», erklärte Schwarz. Wo früher ein Helikopter hätte eingesetzt werden müssen, könnte in Zukunft etwa eine Drohne einen Überblick über die Lage verschaffen. nav

Bundesrat schlägt drei Endlager-Regionen vor

ENDLAGER Nun läuft die Vernehmlassung zur zweiten Etappe der Endlagersuche. Bis im März können sich die Regionen dazu äussern.

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur zweiten Etappe der Standortsuche für ein Endlager eröffnet. Diese dauert bis zum 9. März 2018. In der Zeit haben die Gemeinden und die Bevölkerung der betroffenen Regionen die Gelegenheit, sich zu den bisherigen Resultaten zu äussern.

Diese zweite von insgesamt drei Phasen der Standortsuche startete Ende 2011 und soll in gut einem Jahr abgeschlossen werden. Dann verabschiedet der Bundesrat diesen Ergebnisbericht unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung. Das Bundesamt für Energie (BFE) teilte bereits das Wichtigste aus diesem Bericht mit: Der Bundesrat schlägt vor, die drei Standortgebiete Zürich Nordost (Weinland), Jura Ost (Bözberg) und Nördlich Lägern in der abschliessenden Etappe 3 weiter zu untersuchen.

Dass der Bundesrat diese drei Regionen vorschlägt, ist alles andere als überraschend. Denn auch die Atomaufsichtsbehörde Ensi sowie die Kantone hatten

dies schon empfohlen. Die Nagra hingegen schlug Anfang 2015 vor, nur noch das Zürcher Weinland und den aargauischen Bözberg für den Bau eines Endlagers weiter zu untersuchen. Denn im Gebiet Nördlich Lägern sei in der bautechnisch optimalen Tiefe zu wenig Platz für das Lager vorhanden, argumentierte die Nagra. Doch das Ensi teilte diese Ansicht nicht und verlangte mehr Daten. Weil die Nagra damit rechnete, dass der Bundesrat dem Ensi folgen würde, führte sie in Nördlich Lägern ebenfalls seismische Messungen durch. Und auch die Sondierbohrungen werden dort schon vorbereitet.

Kaum eine Überraschung

Wie auch immer die Rückmeldungen in der Vernehmlassung ausfallen werden: Es wäre eine sehr grosse Überraschung, wenn der Bundesrat Ende 2018 das Gebiet Nördlich Lägern nicht für weitere Untersuchungen vorschlagen würde. Und sollte aus einer der drei Regionen nun besonders viel Widerstand geäussert werden, dürfte auch das kaum einen Einfluss auf die weitere Standortsuche haben. Denn die Suche soll nach dem Kriterium der Sicherheit und nicht der Wünschbarkeit ablaufen. mab